Militarisierte Wissenschaft

I. Dilemma

Das Dilemma, vor dem die westdeutsche Wirtschafts- und Ministerialbürokratie in Sachen Wissenschaftspolitik augenblicklich steht, ist unschwer zu erkennen: Was nach den Worten des ehemaligen Krupp-Direktors und jetzigen Bundesforschungsministers Stoltenberg für manche „den Kommunismus als größte Gefährdung Europas abgelöst hat", soll nun mit allen Mitteln bekämpft werden. Die „technologische Lücke", die seit Servan-Schreibers Kapitalismusapologie zum Schreckgespenst auch des biedersten Kleinbürgers geworden ist, der um Eisschrank und elektrisches Licht zu bangen beginnt, ist mit Macht ins öffentliche Bewußtsein gehoben worden, seitdem die bundesdeutschen Monopole um ihre Profite zu fürchten begannen. Trat ihnen doch hier eines ihrer unangenehmsten Versäumnisse gegenüber, das zu reparieren nun übergroße Anstrengungen erfordern wird: Während der Rekonstruktionsperiode – auch Wirtschaftswunder genannt – wurden die notwendigen quantitativen und qualitativen Investitionen in den Ausbildungs- und Forschungssektor mangels kurzfristiger Rentabilität nicht vorgenommen. Die staatliche, d. h. auf Kosten der Gesamtgesellschaft vorgenommene Finanzierung hatte nicht ausgereicht, um die private ökonomische Verwertung des „produzierten" Wissens weiterhin befriedigend zu sichern. Besonders unangenehm erwies sich der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, welche die in neue Produktionstechniken umgesetzten Forschungs- und Entwicklungsergebnisse anwenden und damit die hohen Zuwachsraten volkswirtschaftlicher Produktivität garantieren konnten. Eine „zurückgebliebene Forschung und Entwicklung" wie auch das bedrohliche Zurückbleiben der Qualifikation der Arbeitskräfte und die mangelnde Umsetzung technischer Entwicklungen in die Produktion machen jedoch erst des Dilemmas ersten Teil aus: Beidem ist zudem durch eine quantitative Effizienzsteigerung des Bildungssystems vordergründig abzuhelfen. Dem Dilemma zweiter Teil zu begegnen ist jedoch wesentlich komplizierter: Je mehr nämlich eben diese Ergebnisse von Forschung und Entwicklung in neue Arbeitstechniken umgesetzt werden und die Technisierung (bzw. als Teilaspekt: die Automatisierung) der Arbeitsprozesse fortschreitet, desto mehr werden die Fähigkeit zu selbständiger Kooperation und die mit der Entfaltung menschlicher Fähigkeiten in einem Prozeß der Selbstqualifizierung „drohende" Autonomisierung der arbeitenden Individuen gefördert. Da sich dieser Prozeß der Autonomisierung früher oder später gegen die Organisation der individuellen und gesamtgesellschaftlichen Arbeit richten könnte, ist es im Sinne der Systemerhaltung notwendig, diese Organisation der Arbeit und arbeitsteilige Verteilung von Herrschaft verstärkt aufrechtzuerhalten und die sich so als emanzipierend erweisenden Inhalte des technischen Fortschritts in verstümmelnde Disziplinierung umzukehren. Dieser Widerspruch, der sich verkürzt darstellt als Widerspruch zwischen dem, was schlagwortartig „Produktivkraft Wissenschaft" genannt wurde, und den gesellschaftlichen Bedingungen seiner Verwendung und Verwertung zugunsten privater ökonomischer Interessen, wird durch die verstärkte Bereitstellung wissenschaftlicher Ergebnisse stets von neuem aufgerissen. Er soll gelöst werden durch die Integration der emanzipativen Elemente des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts in die herrschaftliche Gesellschaftsstruktur des Kapitalismus. Als Vehikel bietet sich an die Militarisierung wissenschaftlicher Forschung und Entwicklung und wissenschaftlicher Ausbildung.

Hinweis für Studierende !

Ihre Schüler-Fahrkarten erhalten Sie zu amtlichen Preisen im

Reisebüro
KARL ECKHARDT
Bahnhofstraße 20

Auch die Prüfung Ihres Antrages wird prompt bei Lösung der Fahrkarte vorgenommen.

Geschäftszeiten: Montag–Freitag 8.30-12.30 Uhr u. 14.30-18.00 Uhr
Sonnabend 8.30-13 Uhr

Besonders an den Hauptverkehrstagen empfiehlt sich der Kauf Ihrer Fahrkarte im voraus.

II. Militarisierung

Die Militarisierung der Forschung macht sich deutbar

1. an der materiellen Abhängigkeit ganzer Wissenschaftsbereiche von militärischen Zielsetzungen
2. an dem Einsatz der Wissenschaften zur Profitgarantie großer Rüstungsindustrien
3. an der inhaltlichen Ausrichtung der Wissenschaften an militärischen und sozialen Gewaltstrategien.

„Materielle Abhängigkeit"

(1) Die objektive Politisierung einer sich als unpolitisch verstehenden Forschung und Entwicklung durch die von den Betroffenen nicht kontrollierte Verfügung über die materielle Basis der Arbeitsinhalte und -bedingungen wird bereits im Ansatz sichtbar, berücksichtigt man, daß nach dem „Forschungsbericht I" der Bundesregierung „Wissenschaftspolitik heißen (muß): Prioritäten für einzelne Forschungsbereiche aufzustellen[1])" und stimmt man mit der Feststellung des ehemaligen Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Siegfried Balke, überein, daß nämlich mit den „materiellen Abhängigkeiten der Forschung und Lehre die Wissenschaft nachhaltiger manipuliert werden kann als durch dirigistische Verwaltungsmaßnahmen[2])". Analog zum gesamten Verteidigungshaushalt, der seit 1965 an zweiter Stelle im Bundeshaushalt steht, macht die reine Verteidigungsforschung bis nahe 40 v. H. der staatlichen Wissenschaftsausgaben aus und steht hier ebenso unbestritten an erster Stelle. Verteidigungsforschung ist eine Priorität. Wie das Beispiel der USA zeigt, können Weltraumforschung und Kernforschung (kerntechnische Entwicklung) ebenfalls zu beträchtlichen Teilen zu dem Bereich „Verteidigung" gerechnet werden, so daß schließlich etwa 1966 nahezu zwei Drittel der öffentlichen Wissenschaftsausgaben direkt oder indirekt den „Bedürfnissen der Verteidigung" Rechnung tragen.

Der Anteil der Verteidigungsaufkommen in den Haushalten der 120 Hochschulinstitute, mit denen das

Verteidigungsministerium „zur Durchführung seines Forschungsprogramms" zusammenarbeitet, an den jeweiligen universitären Gesamthaushalten ist zwar noch unter 10 %, die faktische Abhängigkeit umfangreicher Forschungs- und Entwicklungsvorhaben an je einzelnen Instituten von der Strategie der Gewalt, die sie stets von neuem realisieren und formulieren helfen, ist evident. Daß das Verteidigungsministerium aus den jahrelangen Protesten amerikanischer Studenten gegen geheime, universitäre Verteidigungsforschung gelernt hat und die geheime Forschung in privaten Forschungsanstalten und besonders durch die Industrie durchführen läßt, ist wenig tröstlich: Auf dem Sektor der Verteidigungsforschung spielt die Vertragsforschung eine anerkanntermaßen große Rolle und bei dieser steht am „Anfang und am Ende jedes Forschungsauftrages ... die vertraglich absolut gesicherte vertrauliche Behandlung der Forschungsaufgabe durch den Auftragnehmer und alle seine Mitarbeiter[3])". Berücksichtigt man, daß im Haushaltsentwurf für 1969 für Wehrforschung und Wehrtechnik 977,7 Millionen DM vorgesehen sind, und davon rd. 100 Millionen DM in die Hochschulinstitute fließen dürften (wie ein Vergleich mit dem Haushalt 1963 ergibt: Die Zahlenmanipulation ist auch in den Wissenschaftsstatistiken hochentwickelt), so ist wohl Grund zu vermuten, daß eine radikale politische und soziale Neuformulierung der Gewaltstrategie den Zusammenbruch der materiellen Basis schon fast ganzer Wissenschaftszweige herbeiführen müßte. Allein schon materielle Abhängigkeit zwingt den wissenschaftlichen Arbeitern das Mitinteresse am Weiterbestehen dieser Gewaltstrategien und ihrer wissenschaftlichen Reproduktion auf.

Haben Sie Ihre gute Tat für das WS schon getan ?

Sicher nicht –
Helfen Sie mit in der

Aktion Student in die Schule

Studenten beraten Schüler vor dem ABITUR

Informieren Sie sich in der Geschäftsstelle des AStA

„Profitgarantie"

(2) Mit dem Aufbau einer westdeutschen Rüstungsindustrie nahm der Einbau wehrwissenschaftlicher Forschung und Entwicklung in die Rüstungssphäre immer größeren Umfang an. Angesichts der konjunktursteuernden Wirkung des Rüstungskomplexes[4]) liegt die Bedeutung wehrtechnischer F & E einerseits darin, daß sie die Voraussetzungen für verstärkte staatliche Aufträge an die private Wirtschaft schafft (worauf der Jahresbericht des BDI von 1963 ausführlich hinweist), um die Akkumulationsmöglichkeiten des privaten Kapitals zu stützen und letztlich die kapitalistische Reproduktion zu sichern; andererseits sichert sie ganz banal den Weiterbestand und die Fortentwicklung des kapitalistischen Rüstungs- und Militärapparats in seiner Funktion als Unterdrükkungsinstrument. Schließlich wurde insbesondere die Möglichkeit, durch Wehrforschung und -entwicklung den eigenen, privaten technischen Fortschritt auf Kosten der Gesamtgesellschaft angesichts des hohen zivilen „fall-out" militärischer Forschung zu organisieren von den westdeutschen Konzernen frühzeitig erkannt: „Unsere Industrie erkennt aber auch immer klarer, welche Anregungen sie von der Wehrtechnik her erhält und welchen Nutzen sie für den zivilen Bereich ziehen kann. Dieser Gesichtspunkt kann gar nicht oft und stark genug herausgestellt werden" (BDI-Jahresbericht 63 S. 157). Eine für die Konzerne zufriedenstellende Organisierung privater Rüstungsprofite setzt eine enge Kooperation zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft voraus: „Der besondere Charakter der Verteidigungswirtschaft erfordert eine enge Zusammenarbeit der Industrie mit den Behörden in der Forschung, in der Entwicklung und in der Fertigung[5])". – „Die Industrie begrüßt auch die Absicht des Bundesverteidigungsministers, enge Verbindungen zur Wissenschaft und zur Wirtschaft zu schaffen[6])."

Nachdem von 1956 bis 1966 rd. 7000 militärische Forschungsprojekte mit einem Gesamtvolumen von knapp 3 Mrd. DM von der Industrie in Angriff genommen worden waren, vermerkt der BDI-Jahresbericht 1966 zufrieden: „Erfreulicherweise kann in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß die ablehnende Einstellung gegenüber einem auch nur begrenzten Aufbau spezifischer deutscher Rüstungskapazitäten im Schwinden ist, weil man erkannt hat, daß unsere Wirtschaft über die Entwicklung und Produktion hochtechnisierter Waffensysteme das für ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit notwendige ‚know-how' gewinnt[7])."

Der Prozeß der Verschmelzung militärischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Oligarchien leistet administrativer und materieller Manipulation der Wissenschaft mit dem Ziel der ökonomischen und terroristischen Absicherung des kapitalistischen Systems weidlich Schützenhilfe. Die Mauschelei zwischen BDI, Bundesverteidigungsministerium und den westdeutschen Wissenschaftsoligarchien spielt sich dabei in genau festgelegten Gremien – wie etwa einem „Wehrmedizinischen Beirat" oder dem „Gesprächskreis Wissenschaft–Verteidigung" ab.

„Gewaltstrategien"

(3) Die materielle Abhängigkeit der Wissenschaften von militärischen Zielsetzungen und ihre formelle Integration durch Einbau in die Rüstungsindustrie oder staatlich vermittelte Forschungsaufträge bedingt die inhaltliche Ausrichtung der Wissenschaften an militärischen und sozialen Gewaltstrategien. In der „Schriftenreihe" des Industrie-Wissenschafts-Kartells „Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft" stellte 1963 ein wehrbegeisterter klassischer Philologe fest: „Ein ganz unmittelbarer Zusammenhang zwischen Hochschule und Landesverteidigung besteht darin, daß eine Reihe von Disziplinen, die an der Hochschule gelehrt werden, wenn nicht ihrer ausdrücklichen Absicht, so doch ihrer faktischen Wirkung nach zur Stärkung der Landesverteidigung beitragen ... Daß die Landesverteidigung ... an der Gesamtheit der technischen Wissenschaften vital interessiert ist, versteht sich von selbst[8])." Zweifellos ist die uneingeschränkte Verwertbarkeit einer wissenschaftlichen Disziplin zu Zwecken der Gewaltanwendung besonders dann günstig, „wenn (dies) nicht ihre ausdrückliche Absicht" ist, doch die Ausnutzung einer sich wertneutral gebenden Wissenschaft ist eigentlich kaum nötig: Die Wissenschaft hat sich schon längst auf die Seite der Gewalt geschlagen. Erst eine geradezu „beispiellose Mobilisierung der Wissenschaft und ihrer Kapazitäten (hat) die gegenwärtige Form ... eines technokratisch geplanten Unfriedens[9])" ermöglicht. Erst eine so mobilisierte Wissenschaft leistete eine „der historisch folgenschwersten Entwicklungen der Nachkriegszeit, (nämlich) die allmähliche Wiedergewinnung von Begriffen rationaler Gewaltanwendung ... von der ideologischen Propaganda, Antiguerilla-Kriegskonzeptionen, von konventionellen Kriegen jeglichen Intensitätsgrades bis zu taktisch-nuklearen Kriegen und einer Vielzahl von Planungen als möglich angenommener nuklear-strategischen Kriegsbildern – von den ominösen Möglichkeiten biochemischer und bakteriologischer Kriegsführung ... einmal abgesehen[10])". Die Militarisierung der Wissenschaften, die sich in ihrem Dienst an der teilrationalen Konzipierung eines Systems organisierter Friedlosigkeit ausweist, wird durch den spezifischen Charakter dieses Systems noch erweitert. Abschreckung als erklärtes Ziel dieser nach „außen" (vor allem gegen die revolutionären Länder der 3. Welt) gerichteten Gewalt „gewinnt als propagandistisches Instrument und als politische Waffe erst Effizienz, wenn Gesellschaften sich wie Abschreckungsgesellschaften verhalten[11])", so daß den Wissenschaften noch die weitere Funktion zukommt, die rationalen Mittel für die Formierung von Gesellschaften zu Abschreckungsgesellschaften zu besorgen. So formuliert denn auch der „Forschungsbericht I" in diesem Sinne: „Insofern ergeben sich Berührungspunkte der Verteidigungsforschung mit der ganzen Breite der Geistes- und Sozialwissenschaften, ferner mit dem Ausbildungsstand in allen akademischen Disziplinen" und „besonders bedeutsam ist die Breite der Beteiligung vieler Wissenschafts- und Industriezweige im ganzen und bei einzelnen Großprojekten (der Verteidigungsforschung)[12])" und der „Forschungsbericht II" fordert „ein großes wissenschaftlich-technisches Gesamtpotential ..., weil es eine der wesentlichsten Vor-

(Fortsetzung auf Seite 20)

Militarisierte Wissenschaft

Fortsetzung von Seite 8

aussetzungen für eine glaubwürdige Verteidigungsbereitschaft ist . . . (und) eine durchgreifendere fruchtbare Wechselwirkung (der Verteidigungsforschung) mit der Wissenschaft in ihrer Gesamtheit[13])". Um die emanzipativen Elemente des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts durch Integration in die herrschaftlich geordnete Sozialstruktur des Kapitalismus einzubauen und sie damit zu entschärfen, wird einer tendenziell in ihrer Gesamtheit mobilisierten und militarisierten Wissenschaft die Aufgabe zugeschrieben, Systeme organisierter und differenzierter Gewalt zu konzipieren, die Mittel zu deren Realisierung bereitzustellen, die Transformation von Gesellschaften und militarisierte, disziplinierte und apathiesierte Abschreckungsgesellschaften zu besorgen und die Voraussetzungen für das Weiterbestehen des kapitalistischen Militär- und Rüstungsapparats zu garantieren. Damit treibt die Wissenschaft die Destruktion emanzipativer Elemente, die sie in sich trägt, selbst voran.

III. Militarisierung der Ausbildung

In der Analyse der universitären Ausbildungsmodelle, wie sie in den Wissenschaftsratsempfehlungen oder dem HHG II zum Vorschein kommen, ist zu Recht immer wieder hervorgehoben worden, daß diese Modelle den Widerspruch zwischen latenten Autonomieansprüchen hochqualifizierter Arbeitskräfte und autoritär-herrschaftlicher Arbeitsorganisation durch die Ausbildung fachlich kompetenter, aber politisch willfähriger Spezialisten-Fachidioten lösen wollen. Übersehen wurde jedoch bislang, daß diesen fungiblen Spezialisten, die später in mittlerer, verwaltender oder ausführender Funktion tätig sein werden, autoritäre Führungsmodelle leicht übergestülpt werden können, und daß weiterhin etwa das vom WR vorgeschlagene Aufbaustudium das Mittelderstellt, eine konforme und sich im Ausbildungs- und Berufsverlauf subjektiv militarisierende Führungselite zu rekrutieren. So bedingen sich gegenseitig: Die Ausbildung zur Unterwerfung unter differenzierte Modelle militarisierter Menschenführung, welche im Prozeß des Hinausgreifens der Produktionsanforderungen von menschlichen Teilfunktionen auf den ganzen Menschen als physisch und psychisch Arbeitender immer zentralere Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Produktion selbst gewinnt[13a]); und die Ausbildung von Führungskadern, die zur Übersetzung dieser Modelle in konkrete innerbetriebliche Herrschaftsausübung taugen. Kommt es doch nach den Worten des Kultusministers Mikat darauf an, „daß in unseren bestehenden Bildungseinrichtungen namentlich in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultäten das Studium generell mehr auf die Heranbildung von Führungskräften ausgerichtet wird". Die Notwendigkeit der Rekrutierung von „Führungskräften" auf Kosten der Gesamtgesellschaft wird etwa vom BDI oder vom „Stifterverband" als dem von führenden Konzernvertretern geleiteten wissenschaftspolitischen Kartell der Unternehmer in penetranter Häufigkeit gefordert – wobei ein bezeichnender „Bildungsbegriff" zum Vorschein kommt: „. . . der hervorragend qualifizierte Fachmann und ebenso qualifizierte Menschenführer, kurz der ‚Akademiker' ist es, den die Wirtschaft von der Wissenschaftlichen Hochschule erwartet[14])." Worauf es bei der Ausbildung dieser „Führungskräfte" ankommt, ist, daß sie als Vorgesetzte „die Dinge unserer Welt, wie etwa gesellschaftliche und organisatorische Verhältnisse, Mitarbeiter und Konsumenten methodisch in den Griff zu bekommen, sie zu lenken und zu beeinflussen vermögen[15])". So der „ARBEITGEBER" von der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände".

Militarisierung wissenschaftlicher Ausbildung heißt hier Formierung der Elite zum adäquaten Elitebewußtsein – und -verhalten. Sie findet statt durch äußere Zwänge während der Berufspraxis, durch „Ausbildung" in privaten Unternehmerinstitutionen außerhalb der Universität und schließlich durch die Universität selbst. Welches „Führungsbewußtsein" und „Führungsverhalten" etwa vom BDI, (der seit Mitte der fünfziger Jahre eine stärkere Ausrichtung des Studiums nach „Führungsanforderungen" anstrebt)[15a]), oder dem „Gesprächskreis Wissenschaft-Wirtschaft" (der mehrere Arbeitskreise für „Führungsprobleme" eingerichtet hat), anvisiert wird, wird deutlich an dem, was die bedeutendsten privaten Unternehmerausbildungsinstitutionen an „Führungsmodellen" ihren Kursteilnehmern offerieren. Exemplarischen Charakter besitzt das „Führungsmodell" der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft e. V. Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft" (Bad Harzburg), die jährlich von mehr als 15 000 „Führungskräften" aus mehr als 1600 Firmen besucht wird und die die wohl bedeutendste private Institution der Unternehmer innerhalb des „Wuppertaler Kreises" (einem Kartell aus 35 privaten Unternehmerausbildungsinstitutionen) darstellt. Ihr Leiter und Initiator ist ein Prof. Dr. Reinhard Höhn. Zur Person: Im 3. Reich SS-Standartenführer, wissenschaftlicher Berater und Festschriftverfasser von und für Heinrich Himmler, Generalleutnant der Waffen-SS, Träger des Ehrendegens des Reichsführers SS, 1935–1945 Direktor des Berliner Instituts für Staatsforschung, beschäftigte sich mit Staats- und Heeresführung, kämpfte in vorderster Front für die Neuformulierung des Staats- und Verfassungsrechts als Hauptschriftleiter des Zentralorgans des „Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen", „Deutsches Recht".

Sicher zum Führerschein durch

Fahrschule Weymann

Marburg, Lahntor 4 • Telefon 8 77 62

Führerschein Klasse III pauschal ab **240,– DM** oder Fahrstunde **14,– DM**

Auskunft und Anmeldung an den Unterrichtsabenden montags und mittwochs von 18.00 bis 20.00 Uhr

10% Ermäßigung für Studenten!

Höhns „Harzburger Modell" kann repräsentativen Charakter beanspruchen, da inzwischen einige der größten deutschen Konzerne – Hoesch, Karstadt – seine „Führungsanweisungen" z. T. wörtlich übernommen und für ihre Angestellten und Mitarbeiter verbindlich gemacht hat. Seine Publikationen werden ergänzt durch Wolfgang Schall (Verlagsprospekt: „Generalstabsoffizier, der auf Grund langjähriger Tätigkeit in verschiedenen Generalstabsstellen der ehemaligen Wehrmacht, im Oberkommando der NATO und im Führungsstab der Bundeswehr über reiche Führungs- und Organisationserfahrungen verfügt") mit seiner Arbeit „Führungstechnik und Führungskunst in Armee und Wirtschaft." Ausgangspunkt des Führungsmodells ist ein Vergleich Wirtschaft/Militär: „In beiden Fällen wird in Großorganisationen ein in der Spitze gebildeter Wille in eine Reihe geplanter und aufeinander abgestimmter Aktionen bis hin zur untersten Handlungsebene verwirklicht. Armee und Industrie haben die Bestimmung, sich im Kampf – hier im Kampf mit den Waffen, dort im Lebens- und Wirtschaftskampf – zu bewähren . . . Großunternehmen lassen sich durchaus mit Armeekorps, mittlere Unternehmen mit Bataillonen vergleichen . . . sowohl der militärische wie auch der wirtschaftliche Führer (haben es) mit einem Gegner zu tun . . . , dort der Feind, hier die Konkurrenz . . . Beiden Institutionen ist gemeinsam, daß sie hierarchisch gegliedert sein müssen – eben um den Führungswillen von oben nach unten zu übertragen (. . .) Die Unterschiede liegen nicht . . . im Führungs-, Organisations- und Arbeitsprinzip, sondern in den äußeren Formen und Gegebenheiten, unter denen sich die Beziehungen zwischen Führenden und Geführten abspielen[16])." Diese äußeren Formen mit durchaus inhaltlicher Intention bilden denn auch das Entscheidende bei dem „Harzburger Modell". Sie bilden die Grundlage dafür, daß „Führer und Geführte zu einem einheitlichen Wollen zusammengeschweißt[17])" werden und der Vorgesetzte seine Untergebenen „im Interesse des Betriebserfolges für seine Entscheidungen nutzbar machen[18])" kann. Kernstück eines solchen Modells militarisierter Menschenführung ist eine umfangreiche und differenzierte Skala von Maßnahmen und Techniken, welche die abhängigen Angestellten und Arbeiter subjektiv ihre objektive Lage als Abhängige verdrängen läßt. Als wichtigste Techniken gelten die „Delegation von Verantwortung" und die Behandlung der Abhängigen als „Mitarbeiter". Die Delegation von Verantwortung als Resultat einer arbeitsteiligen Aufsplitterung von Führungsfunktionen und nach Höhns Worten als „ein Prinzip, in dem Leistung entscheidet und das deshalb Härten mit sich bringt[19])" ordnet jedem „Mitarbeiter" einen Arbeitsbereich zu, in dem dieser sich „unternehmerisch zu verhalten hat[20])". Unternehmerisches Verhalten auf allen Betriebsebenen heißt zugleich Verhalten gemäß den Normen des Leistungs- und Statuswettbewerbs, heißt funktionale Ausrichtung innerbetrieblicher Ordnungen und Handlungen nach dem Unternehmensprofit. Das „Harzburger Modell", das versucht, „klassisch"-faschistische Führungsmodelle (insofern ist es sicher nicht mehr auf der „Höhe der Zeit") mit militärischen Strukturprinzipien und produktionstechnischen Erfordernissen (Arbeitsteilung/Spezialisierung) zu verschmelzen und ideologisch zu überhöhen, unterscheidet sich nur nach dem prononciert „klassisch" faschistischen Einschlag von den Führungsmodellen, die andere Ausbildungsinstitutionen anbieten. „Menschenführung" meint stets sozialpsychologische und organisatorische Techniken zur Vereinnahmung des Bewußtseins der „Unternommenen" (Brecht). Wie etwa die Begründung eines Vorschlags für eine Stiftungsuniversität zeigt, die von der westdeutschen Industrie angestrebt wird für den Fall, daß die Transformation der bisherigen Universität nicht den erstrebten Erfolg bringen sollte, soll diese Stiftungsuniversität jene Ausbildungsinstitutionen auf privater Ebene (wie etwa die Harzburger Akademie) ersetzen. (Bezeichnend ist, daß in diesem Zusammenhang der Plan eines „Kuratoriums" erstmals auftaucht.) Die zentrale Aufgabe der Universität nach ihrer Transformation wird dann sein: „Erziehung aller Führungskräfte zu wirtschaftlichem, d. h. letztlich unternehmerischem Denken, und Vermittlung der Erkenntnis an sie, daß sie hinwiederum alle ihre Mitarbeiter zu ebensolchem Denken zu erziehen haben[21])." Daß diese „Erziehung" heute bereits direkt geleistet wird, zeigt etwa die verstärkte Hereinnahme von Seminaren für „betriebliche Füh-

rungskräfte" in die Universitäten (Stuttgart, Mannheim, Münster), womit nach Meinung des „Stifterverbandes" nicht nur „einem echten Bedürfnis der Wirtschaft entsprochen, sondern gleichzeitig eine Entwicklung vorweggenommen (wurde), die der Wissenschaftsrat in seinem im Mai 1966 veröffentlichten Gutachten zur Studienreform ... gefordert hat[22])". Dort werden Männer ausgebildet, die der Unternehmensberater M. Schubart im Wirtschaftsmagazin „Capital" folgendermaßen charakterisierte: „Diese Männer, die in den Vorständen sitzen – ich denke jetzt an die positiven, leistungsstarken Persönlichkeiten dieser Zeit –, sind im Grunde genommen ja Leute, die nach den Maximen eines Generals handeln: Pflichterfüllung, klare Überlegung und letzter äußerster Einsatz. Es ist tatsächlich eine Kriegführung[23])."

IV. Kriegführung

Die neue Militarisierung wissenschaftlicher Ausbildung durchbricht die bisherige Arbeitsteilung zwischen privaten Ausbildungsinstitutionen und Hochschulen: Jetzt sollen einerseits durch Leistungsdruck, Studien-Studentenkontrolle, Zwangsexmatrikulation fungible und funktionierende Spezialistenkader ausgestoßen werden, denen Führungsmodelle faschistisch-militärischer und technokratisch-autoritärer Provenienz mühelos übergestülpt werden können, zum anderen aber wird versucht, diese Modelle durch Transformation der gesamten Universität oder durch Hineinnahme in einige Bereiche schon unmittelbar in der Universität zu praktizieren: Gesucht – Spezialisten für Führung. Sobald die technokratische Hochschulreform realisiert sein wird, werden die Studenten geradezu naturwüchsig zur Aneignung dieser Führungsmodelle gezwungen sein. Die „Kriegführung" beginnt dann mit dem 1. Semester.

Rainer Rilling

Anmerkungen

1) Bundesbericht Forschung I, BT-Drucksache IV/2963 S. 123.
2) S. Balke: Forschung und Technik, Schriftenreihe der Vereinigung des deutschen Gewässerschutzes, München 1962, H. 9, S. 11.
3) H. B. Ziese: Vom Wert der Industrieforschung, in: Wirtschaft und Wissenschaft, Sonderdruck des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.
4) Vgl. Fritz Vilmar: Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt 1967, bes. S. 54 ff.
5) BDI-Jahresbericht 1962, S. 158.
6) BDI-Jahresbericht 1964, S. 171.
7) BDI-Jahresbericht 1966, S. 183/4. Vgl. Vilmar: „. . . . in welchen Maß die Betriebsausgaben und vor allem anderen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in dem gleichen Zeitraum steigen; allein von 1958 bis 1965 haben sich die Forschungs- und Entwicklungskosten versechsfacht; sie haben sich damit wesentlich schneller als alle anderen Ausgabenarten vergrößert. Gerade die amerikanische Diskussion zeigt, daß ein spezifisch kapitalistisches Interesse an möglichst hohen staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung besteht, die zunächst für wehrtechnische Zwecke verbucht werden, um dann auch für Privatproduktion nutzbar gemacht zu werden . . . Liegt doch gerade in diesem Bereich eine außerordentlich große Versuchung (!), nach dem altbewährten Prinzip zu verfahren: Die Verluste (nämlich die Forschungskosten) werden sozialisiert, die Gewinne bleiben privat!" (S. 86). Die Zeitschrift „Wehr und Wirtschaft" stellte dazu trocken fest: „Das eigentliche Rüstungsgeschäft (ergibt sich) aus der Nutzung der Forschungs- und Entwicklungsresultate, die bei militärischen Projekten erzielt werden konnten, für die Verbesserung der allgemeinen Produktion" (7/1962, S. 329).
8) Prof. Dr. Olof Gigon, in: Hochschule und Landesverteidigung, SV-Schriftenreihe VI/1963, S. 7.
9) Dieter Senghaas: Aggressivität und Gewalt. Thesen zur Abschreckungspolitik, in: Aggression und Anpassung in der Industriegesellschaft, Frankfurt 1968, edition suhrkamp, S. 130.
10) Ebenda, S. 132.
11) Ebenda, S. 140.
12) Bundesbericht Forschung I, S. 61 u. 63.
13) Bundesbericht Forschung II, S. 78/9.
13a) Der Anteil der Kurse für „Menschenführung" an den Unternehmerausbildungsveranstaltungen des sog. „Wuppertaler Kreises" als dem bedeutendsten Ausbildungskartell der Unternehmer nimmt seit Jahren weit überproportional zu (vgl. Schmalenbachs Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 1967).
14) Jahrbuch des Stifterverbandes 1965, S. 39.
15) Der Arbeitgeber 3/1961.
15a) Als Beispiel der Anstrengungen des BDI seien die „Baden-Badener Unternehmergespräche" genannt, an denen von 1954 bis 1964 über 800 „Nachwuchskräfte für Unternehmensleitungen" teilnahmen, „von denen inzwischen über 50 v. H. in Vorstände und Geschäftsleitungen industrieller Unternehmen aufgerückt sind" (BDI-Jahresbericht 1965). In der Leitung der Gespräche „fand auch der frühere Hauptgeschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, Dr. K. Guth, eine neue Aufgabe, als er die sowjetrussische Internierung überstanden hatte (Jahresbericht 1958/9, S. 37).
16) Wolfgang Schall, Führungstechnik und Führungskunst in Armee und Wirtschaft, Bad Harzburg 1965, S. 14–16.
17) Ebenda, S. 147.
18) Prof. Dr. Reinhard Höhn, Führungsbrevier der Wirtschaft, Bad Harzburg 1966, S. 43. Vgl. dazu die „Allgemeinen Führungsgrundsätze" der Hoesch AG, 3. Aufl., S. 7.
19) Ebenda, S. 22.
20) Ebenda, S. 23.
21) So Dipl.-Volksw. Siegfried Fassbender vom Deutschen Institut zur Förderung des industriellen Führungsnachwuchses in: „Förderung der zukünftigen Führungskräfte", Protokoll des Col- Norddeutschen IHK, Hamburg 1962, S. 23. Fassbender ist Geloquiums der Kammergemeinschaft Ausbildung und Bildung der schäftsführer des „Wuppertaler Kreises".
1968, S. 8.
22) Wirtschaft und Wissenschaft (hrsgg. v. Stifterverband), H. 4/
23) Capital 4/1968.